

DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS
IN BADEN-WÜRTTEMBERG IN DER
FÖRDERPERIODE 2007–2013

REGIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT
UND BESCHÄFTIGUNG



Chancen fördern
EUROPÄISCHER SOZIALFONDS
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

GRUSSWORT



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Europäische Sozialfonds (ESF) ist als zentrales EU-Finanzierungsinstrument für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine wahre Erfolgsgeschichte: Schon seit einem halben Jahrhundert fördert der ESF Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage in Europa.

Aufbauend auf dem Erfahrungswissen der vorangehenden Förderzeiträume möchten wir als Verwaltungsbehörde für den ESF in Baden-Württemberg mit dieser Broschüre in das Thema einführen sowie die Strategien und Neuerungen in der Förderphase von 2007 bis 2013 vorstellen.

Unter dem Motto »Chancen fördern« unterstützt der ESF in Baden-Württemberg die Entwicklung von Menschen und Unternehmen, um diese in Zeiten sich wandelnder Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt fit für die Zukunft zu machen. Einerseits geht es darum, unsere Wettbewerbsfähigkeit sowohl in der Europäischen Union als auch global zu bewahren. Andererseits müssen wir Menschen mit besonderen Nachteilen gezielt unterstützen und ihnen Aussichten auf Beschäftigung bieten. In Baden-Württemberg möchten wir mit dem ESF diese beiden Ziele miteinander verbinden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Monika Stolz".

Dr. Monika Stolz MdL

*Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familien und Senioren Baden-Württemberg*

GRUNDLAGEN DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS

Der von der Europäischen Union im Jahre 1957 gegründete *Europäische Sozialfonds* (ESF) gehört zu den Strukturfonds der Europäischen Union. Ziel ist es, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa zu festigen und im Rahmen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union zur Stärkung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung beizutragen.

Der ESF ist das wichtigste beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Gemeinschaft. Er dient der praktischen Realisierung der im März 2010 vom Europäischen Rat gebilligten neuen Strategie für Wachstum und Beschäftigung »Europa 2020« und den neuen integrierten Leitlinien zu Europa 2020. Letztere spannen einen Bogen ausgehend von der Entwicklung Europas zu einer Innovationsunion über eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten bis hin zur Bekämpfung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Armut. Auch wenn diese Strategie mit ihrer Vision einer europäischen sozialen Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert über die laufende Förderperiode hinausreicht, ist sie wesentlich durch praktische Aufgaben zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise und den Übergang zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum gekennzeichnet. Gerade hier spielt der ESF als Finanzierungsinstrument der Europäischen Union eine zentrale Rolle.

Für die Förderperiode 2007 bis 2013 stehen den Mitgliedstaaten und Regionen im Rahmen des ESF Mittel in Höhe von *75 Mrd. Euro* zur Verfügung. Die Verteilung dieser Mittel orientiert sich an der wirtschaftlichen Leistungsstärke der Mitgliedstaaten. Baden-Württemberg erhält 2007 bis 2013 insgesamt 266 Mio. Euro aus dem ESF. Die Verwaltung erfolgt dezentral in den Mitgliedstaaten.

Ausgehend vom sozioökonomischen Entwicklungsstand der Mitgliedstaaten und der Regionen gliedert sich die Förderung im Rahmen des ESF in zwei Ziele:

► Das Ziel »*Konvergenz*« betrifft Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weniger als 75 Prozent des Gesamtdurchschnitts der Europäischen Union beträgt.

Für dieses Ziel werden 78 Prozent der Fördermittel aus dem ESF bereitgestellt.

► Das Ziel »*Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung*« erstreckt sich auf alle Mitgliedstaaten und Regionen, die nicht oder nicht mehr unter das Konvergenzziel fallen. Diese Regionen – unter ihnen Baden-Württemberg – erhalten insgesamt 18 Prozent der Fördermittel aus dem ESF.

Im *Nationalen Strategischen Rahmenplan* (NSRP) legt die Bundesrepublik Deutschland dar, inwieweit eine Übereinstimmung zwischen den strategischen Kohäsionsleitlinien der Europäischen Union und den Interventionen des ESF auf nationaler Ebene gewährleistet ist. Der Nationale Strategische Rahmenplan bildet den Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung der Operationellen Programme der Bundesländer und des Bundes. Ferner soll er den Zusammenhang zwischen den Prioritäten der Gemeinschaft und den nationalen Reformprogrammen zur Umsetzung der Lissabon-Strategie nachweisen.

Die strategischen Rahmenbedingungen für die Verwendung der Fördermittel aus dem ESF sind im *Operationellen Programm* des Landes Baden-Württemberg beschrieben. Das Operationelle Programm ist die Grundlage für die gesamte Förderperiode und bedarf der Zustimmung der Europäischen Kommission. Die Ausarbeitung erfolgte unter der Federführung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg als Verwaltungsbehörde in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium als zwischen-geschalteter Stelle der Verwaltungsbehörde und weiteren Ressorts, der Europäischen Kommission sowie unter Einbeziehung der relevanten sonstigen Partner.

AN DER FÖRDERUNG BETEILIGTE INSTITUTIONEN

An der Förderung beteiligte Institutionen

Die Gesamtverantwortung für die fachliche und verwaltungstechnische Umsetzung des ESF obliegt dem *Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg* als Verwaltungsbehörde.

Das *Wirtschaftsministerium* Baden-Württemberg ist zwischengeschaltete Stelle der Verwaltungsbehörde und zuständig für die Umsetzung von einem Drittel der Mittel aus dem ESF.

Die *Landeskreditbank* Baden-Württemberg (L-Bank) ist als zwischengeschaltete Stelle u.a. zuständig für die Bewilligung und Auszahlung von Mitteln aus dem ESF.

Im Bereich Arbeit und Soziales wird der ESF zum großen Teil regionalisiert umgesetzt. In den *regionalen Arbeitskreisen* sind die Experten der lokalen Arbeitsmarktpolitik vertreten. Diese erstellen auf Grundlage der spezifischen Ziele des Operationellen Programms und der lokalen sozioökonomischen Bedarfslage die Strategie des Arbeitskreises. Die regionalen Arbeitskreise bewerten die Projektanträge u.a. in Bezug auf deren Übereinstimmung mit der lokalen Strategie und erstellen ein Ranking, das sie im Anschluss an die L-Bank weiterleiten. Darüber hinaus wird ein Teil der Mittel des Ministeriums für Arbeit und Soziales in zentralen Projekten und Programmen umgesetzt.

Das *Wirtschaftsministerium* dagegen setzt seinen Anteil an der Förderung durch den ESF ausschließlich zentral um. Hierfür stehen drei verschiedene Instrumente zur Verfügung: Programme, standardisierte Projekte und Modellprojekte (vgl. dazu auch S. 10 Antragsverfahren).

Förderprinzipien

Die Finanzierung durch den ESF erfolgt grundsätzlich als *Fehlbedarfsfinanzierung*. Das bedeutet, dass der ESF die Differenz zwischen den förderfähigen Kosten und vorhandenen Finanzmitteln ersetzt. Diese Finanzierungsart beruht auf dem *Subsidiaritätsgrundsatz*: anrechenbare Ausgaben müssen zunächst durch private oder öffentliche Mittel gedeckt werden. Der maximale Interventionsatz beträgt in der Regel 50 Prozent.

Für alle Vorhaben des ESF gilt der Grundsatz der *Zusätzlichkeit* (Additionalität). Die Beiträge aus dem Strukturfonds dürfen nicht an die Stelle öffentlicher Ausgaben oder diesen gleichwertigen Ausgaben eines Mitgliedstaats treten.

Nach dem Prinzip der *Partnerschaft* wurden die relevanten Partner und regionalen Arbeitskreise bereits bei der Programmierung des Operationellen Programms zum ESF in Baden-Württemberg einbezogen. Zudem sind im Begleitausschuss neben dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren, dem Wirtschaftsministerium und anderen Ressorts der Landesregierung Baden-Württemberg die Akteure der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik aktiv in die Umsetzung des Operationellen Programms einbezogen.



DIE STRATEGIE DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS IN BADEN-WÜRTTEMBERG IM ÜBERBLICK

Die mit dem Ziel »Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« verfolgte Förderstrategie Baden-Württembergs umfasst drei inhaltliche Prioritätsachsen und drei Querschnittsziele.

► In der *Prioritätsachse A* fördert Baden-Württemberg die Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten. Schwerpunkte der Förderung sind die Verbesserung der beruflichen Weiterbildung, die Erhöhung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen.

► Einen Beitrag zur Verbesserung der Chancen von Jugendlichen am Arbeitsmarkt leistet die *Prioritätsachse B*. Dabei gilt es auch, das Defizit an Ausbildungsplätzen zu verringern. Des Weiteren werden ältere Beschäftigte beim Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit unterstützt. Um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sicherzustellen, wird der Wissenstransfer zwischen Forschung und Wirtschaft gefördert.

► In der *Prioritätsachse C* ist eine umfassende Förderung der beruflichen und sozialen Integration vorgesehen. Hier geht es insbesondere darum, die Beschäftigungsfähigkeit von Personen mit besonderen Vermittlungshemmnissen zu erhöhen.

► Die *Prioritätsachse D* beinhaltet Mittel für die Technische Hilfe. Finanziert werden insbesondere die Begleitungs- und Bewertungssysteme sowie Publizitätsmaßnahmen.

► Als *Querschnittsziele* werden Gleichstellung, Nachhaltigkeit und transnationale Kooperation in allen Prioritätsachsen gefördert.

Die Mittel des ESF in Baden-Württemberg verteilen sich in der Förderperiode 2007–2013 wie folgt auf die Prioritätsachsen:

PRIORITÄTSACHSE	BUDGET	ANTEIL BUDGET AN GESAMT
Prioritätsachse A Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen.	54,8 Mio €	20,62 %
Prioritätsachse B Verbesserung des Humankapitals.	92,2 Mio €	34,64 %
Prioritätsachse C Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie soziale Eingliederung von benachteiligten Personen.	108,4 Mio €	40,74 %
Prioritätsachse D Technische Hilfe	10,6 Mio €	4,00 %
Gesamt	266 Mio €	100 %

PRIORITÄTSACHSE A

Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten

Die Inhalte und Ziele der Prioritätsachse A tragen der Tatsache Rechnung, dass Beschäftigungswachstum nur erreicht werden kann, wenn Wirtschaft und Arbeitskräfte über die erforderliche Anpassungsfähigkeit hinsichtlich Qualifikation und Innovation verfügen.

Im Rahmen der Prioritätsachse A werden vor allem Maßnahmen zur *Erhöhung der Beteiligung an der beruflichen Weiterbildung* gefördert, insbesondere für hiervon bisher unterdurchschnittlich erfasste Beschäftigtengruppen. Darüber hinaus liegt der Fokus auf der *Weiterentwicklung der Strukturen des Marktes für berufliche Weiterbildung*.

Besonders gefördert werden auch Maßnahmen, die auf die *Erhöhung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit* von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) oder auf die *Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie* für Frauen und Männer abzielen.

Ein weiterer Ansatzpunkt beinhaltet Maßnahmen zur *Förderung des Unternehmergeistes*. Diese sollen zu einer Erhöhung arbeitsplatzschaffender und nachhaltiger Existenzgründungen oder Unternehmensnachfolgen beitragen.

Die *Zielgruppen* der Förderung sind grundsätzlich alle Erwerbsfähigen, aber auch Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Träger der beruflichen Weiterbildung, Existenzgründer und Selbstständige.

PRIORITÄTSACHSE A		
STRATEGISCHE ZIELE		
A 1 Verbesserung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten.	A 2 Erhöhung der Leistungsfähigkeit durch Flexibilisierung betrieblicher Prozesse in KMU sowie Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in KMU.	A 3 Ausbau des Unternehmergeistes.
SPEZIFISCHE ZIELE		
A 1.1 Erhöhung der Anpassungsfähigkeit durch Erhöhung der Beteiligung an beruflicher Weiterbildung.	A 2.1 Erhöhung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von KMU.	A 3.1 Erhöhung der Zahl nachhaltiger Existenzgründungen.
A 1.2 Erhöhung der Qualität der beruflichen Weiterbildung.	A 2.2 Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer und der Gleichstellung in KMU. Schaffung eines familienfreundlichen Arbeitsumfeldes. Abbau geschlechterspezifischer Stereotype und beruflicher Segregation.	A 3.2 Erhöhung der Zahl arbeitsplatzsichernder und nachhaltiger Unternehmensnachfolgen.

PRIORITÄTSACHSE B

Verbesserung des Humankapitals

Die Entwicklung zur Wissensgesellschaft, Globalisierung und der demografische Wandel machen umfassende Investitionen in die Verbesserung des Humankapitals notwendig. Dies betrifft insbesondere die Erhöhung der *Chancen der nachwachsenden Generation*.

Junge Menschen, die ohne schulischen bzw. beruflichen Abschluss bleiben, tragen ein erhöhtes Risiko nachhaltiger Arbeitslosigkeit. Hinzu kommen junge Menschen, bei denen sich der berufliche Einstieg verzögert. In der Prioritätsachse B werden Maßnahmen gefördert, die Jugendliche an das Berufsleben heranführen. Zudem wird die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze unterstützt.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die *Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Beschäftigter* mit dem Ziel eines län-

geren Verbleibs im Erwerbsleben. Auch ist eine *Förderung der Innovationsfähigkeit von Unternehmen* vorgesehen, insbesondere von *kleinen und mittleren Unternehmen*. Gefördert werden Maßnahmen zur Bewältigung des lebenslangen Lernens sowie des demografischen Wandels.

Darüber hinaus ist eine *Forcierung des Innovations- und Wissenstransfers* zwischen Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen vorgesehen. Außerdem werden Maßnahmen zur Verbesserung und Stärkung der wissenschaftlichen beruflichen Weiterbildung unterstützt.

Die *Zielgruppen* der Förderung sind Auszubildende und Beschäftigte sowie Arbeitslose. Des Weiteren sind Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Hochschulen und sonstige Anbieter beruflicher Fortbildungsmaßnahmen erfasst sowie Schüler und Schulabbrecher.

PRIORITÄTSACHSE B		
	STRATEGISCHE ZIELE	
B 4 Erhöhung der Chancen der nachwachsenden Generationen.	B 5 Verbesserung der Weiterbildung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.	B 6 Steigerung der Innovationsfähigkeit von Beschäftigten und Wissenstransfer.
	SPEZIFISCHE ZIELE	
B 4.1 Vermeidung von Schulversagen und Erhöhung der Ausbildungsreife von schwächeren Schülern. B 4.2 Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und Erhöhung der Attraktivität des dualen Systems. B 4.3 Steigerung der Absolventenzahlen in geschlechtsuntypischen Berufen. B 4.4 Verbesserung der Berufswahlkompetenz.	B 5.1 Bessere Bewältigung des demografischen Wandels v.a. durch KMU, z.B. durch Nutzung des Erwerbspotenzials nicht erwerbstätiger Frauen oder von älteren Erwerbspersonen. B 5.2 Erhöhung der Aufstiegschancen von qualifizierten Frauen im Berufsleben.	B 6.1 Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU durch Intensivierung der Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen. B 6.2 Steigerung der Innovationskraft und der technologischen Leistungsfähigkeit von KMU durch Stärkung des Humankapitals. B 6.3 Steigerung des Anteils von Akademikerinnen in Führungspositionen von Wirtschaft und Wissenschaft sowie dort auch von Promotionen und Habilitationen. B 6.4 Erhöhung der beruflichen Chancen und Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit älterer Akademiker.

PRIORITÄTSACHSE C

Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen

Baden-Württemberg legt in seiner Strategie für die Förderperiode 2007–2013 einen deutlichen Akzent auf die Integration in den Arbeitsmarkt und die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von Personen mit Vermittlungshemmnissen.

Ein Förderschwerpunkt liegt in der *Qualifizierung und Beratung*. Dabei soll die Qualifizierung eng an die berufliche Praxis gekoppelt werden und den Erwerb arbeitsmarktbezogener Zertifikate unterstützen.

Darüber hinaus wird die Erhöhung der *Erwerbsbeteiligung von Frauen* und die Verbesserung der *Vereinbarkeit von Familie und Beruf* unterstützt.

Frauen sollen überproportional zur Höhe ihres Anteils an den jeweiligen Zielgruppen gefördert werden, um auf einen Abbau der strukturellen Ungleichheiten hinzuwirken.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Förderung von spezifischen Maßnahmen zur *Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit* und zur *Eingliederung* von benachteiligten Personen mit Migrationshintergrund. Des Weiteren sollen Gruppen mit besonderen Vermittlungshemmnissen gefördert werden.

Damit die zukünftige Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften gedeckt und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann, ist eine umfassende und an den *regionalen Erfordernissen* ausgerichtete Förderung notwendig.

Die *Zielgruppen* der Prioritätsachse C sind Langzeitarbeitslose, Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen, Arbeitssuchende und besonders Benachteiligte.



QUERSCHNITTSZIELE

Die Querschnittsziele werden über alle Prioritätsachsen und strategischen Ziele hinweg verfolgt und sollen, soweit im Einzelfall sinnvoll, bei allen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Gleichstellung umfasst Maßnahmen zur Angleichung der Lebenssituation von benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen. Die Verankerung der Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsziel ist zurückzuführen auf die sozioökonomische Ausgangslage und die Evaluationsergebnisse der Förderperiode 2000–2006. Neben dem Geschlechteraspekt bezieht sich das Gleichstellungsziel auch auf folgende Personengruppen: Migranten, Ältere und weitere sozial, psychisch oder physisch benachteiligte Menschen.

Das Querschnittsziel *Transnationale Kooperation* umfasst die Förderung von transnationalen Aktivitäten. Hier soll eine Verzahnung des interregionalen und transnationalen Austauschs in den einzelnen Prioritätsachsen sichergestellt werden. Förderfähig sind dabei Kooperationsmaßnahmen mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Nachhaltige Entwicklung soll die Erfüllung der Bedürfnisse der heutigen Generation ermöglichen, ohne dass dabei künftige Generationen beeinträchtigt werden.

Der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit wird in allen Prioritätsachsen mit der Förderung von Humankapital Rechnung getragen.

Die soziale Komponente der Nachhaltigkeit wird in den regional ausgeführten Maßnahmen explizit betont: Partnerschaften und vernetzte lokale Akteure in den regionalen Arbeitskreisen leisten einen Beitrag, die Mittel des ESF in Regionen zu lenken, in denen besondere soziale Problemlagen vorliegen.

Alle in Baden-Württemberg 2007 bis 2013 geförderten Maßnahmen werden an ihrer ökonomischen Nachhaltigkeit gemessen, d. h. an ihrer Ergebnisqualität und der nachhaltigen Sicherung dieser Ergebnisse.



ANTRAGSVERFAHREN

Die Verantwortung für die fachliche und verwaltungstechnische Umsetzung des ESF obliegt dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg als zuständiger Verwaltungsbehörde. Die Landeskreditbank Baden-Württemberg (L-Bank) ist zwischengeschaltete Stelle und fungiert als Bewilligungsstelle für alle Vorhaben im Rahmen des ESF auf Basis des Operationellen Programms des Landes Baden-Württemberg. Die Antragstellung erfolgt in der Förderperiode 2007–2013 bei der L-Bank.

Förderbereich Arbeit und Soziales

Im Förderbereich Arbeit und Soziales ist zwischen regionalen und zentralen Projekten zu unterscheiden.

Die L-Bank leitet die Anträge für regionale Projekte nach Ablauf der Antragsfrist an die regionalen Arbeitskreise weiter. Dort erfolgt die Bewertung der Projektanträge. Deren Grundlage ist unter anderem der Grad der Übereinstimmung mit den Zielen der lokalen Arbeitsmarktstrategie. Durch die Arbeitskreise werden Rankings erstellt und der L-Bank zugeleitet, die die Bewilligungen erteilt.

Die Regionalisierung des ESF erfolgt ausschließlich für den Bereich Arbeit und Soziales und nur in den Prioritätsachsen B und C des Operationellen Programms.

Ein Teil der Mittel wird in zentral gesteuerten Programmen und innovativen Projekten vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg direkt umgesetzt. Hier erfolgt die Bewertung der Anträge nach Annahme durch die L-Bank durch das Ministerium selbst.

Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg betreut außerdem in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Fachressort Projekte aus den Themenbereichen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport sowie des Justizministeriums.

Förderbereich Wirtschaft

Im Förderbereich des Wirtschaftsministeriums werden Programme, standardisierte Projekte und Modellprojekte gefördert. Die Förderschwerpunkte liegen in den Prioritätsachsen A und B.

Anträge für *Programme* des Wirtschaftsministeriums können während ihrer Laufzeit bei der L-Bank gestellt werden. Sie werden dann von der L-Bank geprüft und die dahinter stehenden Vorhaben vorbehaltlich des verfügbaren Budgets bei Vorliegen der Fördervoraussetzungen bewilligt.

Standardisierte Projekte des Wirtschaftsministeriums kombinieren inhaltliche Flexibilität und vereinheitlichte Fördervoraussetzungen. Die Themen standardisierter Projekte werden vom Wirtschaftsministerium festgelegt und können von Aufruf zu Aufruf wechseln.

Modellprojekte sind individuelle Einzelprojekte, die sich inhaltlich auf die Umsetzung innovativer, konzeptioneller und/oder wirtschaftspolitisch relevanter Maßnahmen erstrecken. Es können nur Anträge zu Themen gestellt werden, die vom Wirtschaftsministerium im Rahmen eines Aufrufs veröffentlicht wurden.

Für Standardisierte Projekte und Modellprojekte finden jeweils themenspezifische Aufrufe statt, die auf www.esf-bw.de veröffentlicht werden. Anträge können innerhalb der dort angegebenen Fristen bei der L-Bank eingereicht werden.

Bitte beachten

Obwohl über die Prioritätsachse B von beiden Ministerien Vorhaben gefördert werden, kann der Antrag für ein Vorhaben nur bei einem Ministerium eingereicht werden.

KONTAKTDATEN

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung in Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidatinnen und Kandidaten oder Helferinnen und Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.


**Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familien und Senioren Baden-Württemberg**
Zentrale Projekte / Programme

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familien und Senioren Baden-Württemberg
Schellingstraße 15, 70174 Stuttgart
E-Mail: beratung@esf-team.de

Regionale Projekte

Regionale Arbeitskreise vor Ort

Die Kontaktdaten der regionalen Arbeitskreise sind auf der Website für den Europäischen Sozialfonds in Baden-Württemberg (s.u.) zu beziehen.

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Theodor-Heuss-Straße 4, 70174 Stuttgart
E-Mail: esf-wirtschaftsministerium@wm.bwl.de

Landeskreditbank Baden-Württemberg (L-Bank)

Schlossplatz 10, 76131 Karlsruhe
Telefon: 0721/150-0

Weiterführende Informationen finden Sie auf der Website für den Europäischen Sozialfonds in Baden-Württemberg:

www.esf-bw.de

Herausgeber

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familien und Senioren Baden-Württemberg
Schellingstraße 15, 70174 Stuttgart

Bildnachweis

© Europäische Kommission,
S.11: U. Beuttenmüller / Ministerium für Arbeit und
Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg

Gestaltung: www.agil.de



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIEN UND SENIOREN



Baden-Württemberg
WIRTSCHAFTSMINISTERIUM